

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kretschmer, Druck: A. Böhmer, Verlagsanstalt: A. Böhmer, Leipzig, Postfach 100, Preis: 1.00 Mark, Abonnement: 12.00 Mark, Einzelhefte: 0.10 Mark.

Abonnement: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 2.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.50 Mark. Bei der Post bestellt monatlich 1.50 Mark. Erscheinung täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Feiertagen. Unsere Zeitungsansteller und Ausgabehelfer, sowie alle Poststellen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abgabepostzeitung Postzeitung oder deren Raum für Anzeigen aus dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswendige Anzeigen 40 Pfg., Kalkulationspreis 2.- Mark. Bei größeren Abhängen entsprechendes Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 6 Uhr vorm. für Zahlen im Tag kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 169.

Donnerstag, den 21. Juli 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das Kabinett hat die Steuerentwürfe verabschiedet. Der Reichsrat wird sich am kommenden Sonnabend mit ihnen beschäftigen.

Die deutsche Antwort an Frankreich über Oberschlesien wurde gestern im Reichskabinett beraten. Die Note wird nach Maßgabe heute dem französischen Botschafter übergeben werden, so daß sie dann morgen veröffentlicht werden kann.

Nach zuverlässiger Meldung betrug die Zahl der ober-schlesischen Flüchtlinge im preussischen Staatsgebiet am 15. Juli 51 200.

Nach Mitteilung des Reutersbüros wird in der englischen Note an die britische Regierung als Zeitpunkt für den Zusammenritt des Obersten Rates der 28. Juli vorgeschlagen. Die Konferenz soll in Boulogne abgehalten werden.

Der Sowjet-Gesandte bei der kemalistischen Regierung in Angora sprach Russlands Verzicht auf Konstantinopel aus.

Wichtig, sondern die ganze Regierung verantwortlich. Wie reimt sich diese Ernennung zusammen mit der oft gegebenen Zusage, daß die Loyalität und die persönliche Eignung entscheiden soll für die Besetzung eines Amtes? Auf welche abschüssigen Weichen sich die mehrheitssozialistischen Mitglieder der Regierung drängen! Auch hier läßt sich erkennen, wie unheilvoll es gewesen ist, daß sich die Mehrheitssozialdemokratie von den unabhängigen und Kommunisten hat ins Schlepptau nehmen lassen; immer mehr läßt sie sich von den wirklich demokratischen Grundrissen abdrängen. Was Wipinski tut, hat mit einer Demokratisierung der Verwaltung ganz und garnichts zu tun; es ist höchstens der Versuch einer partiell gefärbten Politisierung. Und jeder, der demokratisch denkt, muß schärften Einspruch dagegen erheben, daß solche Maßnahmen irrendwie mit der Demokratie in Verbindung gebracht werden. Sie sind so undemokratisch als nur denkbar. Sie verleugnen die Demokratie; nur der eingeleitete Parteimann kann sie billigen. Als solcher hat Wipinski gehandelt. Man spürt es, daß er dem Druck der Parteistapel in Leipzig nachgegeben hat, daß er seiner Partei ein Zugeständnis hat machen müssen, die wohl anfangs unzufrieden mit ihrem Minister zu werden, und die es bei guter Laune zu erhalten galt. Damit aber wird das parlamentarische System zum Possenspiel. Auf schärft muß dagegen Einspruch erhoben werden.

Ein Flaggensverbot?

Nach einer Korrespondenzmeldung hatte der Minister Wipinski das Beflaggen der öffentlichen Gebäude in Dresden anlässlich des 4. Sächsischen Kreistages verboten. Das Verbot hat auch auf die mehrheitssozialistische Presse befremdlich gewirkt, um so mehr, als Ministerpräsident Buch dem Ehrenausschuß angeführte und auch auf dem Begründungabend die sächsischen Turner selbst begründete. Aus Dresden wird nun die Angelegenheit halb und halb dementiert: es könne von einem Verbot keine Rede sein, im übrigen handele es sich um eine Angelegenheit des inneren Dienstbetriebs, über die eine Auskunft nicht gegeben werde. — Daß diese Darstellung ungenügend ist, leuchtet offensichtlich auch bald dem Minister ein.

Die 132 Milliarden.

Eine Gesamtverpflichtung des ehemaligen Zarismus.

Die Chicago Tribune meldet: Internationale Juristen sind zu dem Schluß gelangt, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Mark die Gesamtverpflichtung darstelle, die die Alliierten von sämtlichen ehemals feindlichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die jetzt von allen alliierten Juristen geteilt werde, gründet sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrages. Die Entschädigung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu ersetzen seien. Ueber die Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt, es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtvertrages handeln.

Auf den ersten Augenblick könnte es scheinen, als ob man in Deutschland Ursache habe, sich über die hier mitgeteilte juristische Entscheidung zu freuen. Bei näherem Zusehen aber gelangt man zu der betrüblichen Feststellung, daß dabei für Deutschland so gut wie nichts herauskommt. Desterreich ist so durch und durch bankrott, daß es auf lange Zeit für eine Reparationszahlung ernstlich überhaupt nicht in Frage kommt. Auf Bulgarien würde, selbst wenn es zahlungsfähig wäre, entsprechend seiner Einwohnerzahl ein nur geringer Bruchteil der Gesamtverpflichtung entfallen. Und daß von der Türkei, die schon vor dem Weltkrieg in den besten Verhältnissen lebte, nichts zu hoffen sein wird, darüber wird sich auch niemand einer Täuschung hingeben. Bleslieht wird es der Entente gelingen, durch das Mittel politischer Gebietsabtretungen oder wirtschaftlicher Konzessionen etwas für sich herauszuschlagen. Das wird aber schwerlich in bare Münze umgerechnet und Deutschland zugute kommen werden. Von allen Schuldnern der Entente ist Deutschland leider der einzal zahlungsfähige. Man wird daher in Paris, London und Rom sich kaum den Kopf darüber zerbrechen, ob man Deutschland durch Heranziehung seiner ehemaligen Verbündeten entlasten kann. Wenn überhaupt diese Frage zur Erörterung kommt wird man sich auf den Standpunkt stellen, daß zunächst einmal Deutschland alles zu zahlen hat und dann aufsehen soll, ob aus seinen ehemaligen Verbündeten etwas herauszuholen ist.

Der wundeste Punkt der Ententepolitik.

Die Meinungsverschiedenheit über Oberschlesien. Der diplomatische Korrespondent des Ermanas Telegraphen teilt mit: Der französische Botschafter sprach Dienstag nachmittag auf dem Auswärtigen Amt vor und wurde von Lord Curzon empfangen, der ihm gegenüber erneut den dringenden Wunsch der britischen Regierung nach dem baldigen Zusammenritt des Obersten Rates ausdrückte. Die Auswärtigen hierfür sind indessen nach wie vor nicht groß, und zwar nicht deshalb, weil die

französische Regierung abgeneigt ist, die orientalische Frage zu erörtern, sondern weil Frankreich entschlossen ist, seine Sicherheit nicht durch vorzeitige Aufhebung der Zwangsmaßnahmen oder durch Ueberweisung des ober-schlesischen Kriegsmaterials an Deutschland zu gefährden. Ferner wird von französischer Seite betont, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten bisher den Garantievertrag für Frankreich nicht ratifiziert hätten; daher müsse Frankreich auf eigene Hand Garantien gegen die Möglichkeit eines neuen deutschen Angriffes suchen.

In britischen Kreisen wird bemerkt, die neue ober-schlesische Politik Frankreichs entwickle sich in der Richtung auf ein unabhängiges Auftreten. Briand habe zwar England und Italien ersucht, mehr Truppen nach Oberschlesien zu entsenden. Aber gleichzeitig habe er den Entschluß der französischen Regierung nicht verheimlicht, auf jeden Fall Truppen zu entsenden, welche Aufstellung auch immer in London oder Rom betreffs dieser Angelegenheit bestehen sollte.

Morning Post schreibt: Wir erfahren von maßgebender Seite, daß den britischen Abgeordneten keine detaillierten Informationen über die Lage in Oberschlesien vorliegen, wie den französischen, und daß die französischen Informationen ihnen nicht mitgeteilt wurden. Ebenso wenig ist die britische Regierung davon verständigt worden, daß die Franzosen einen Schrit in Berlin beabsichtigten. Die britischen Abgeordneten glauben, daß die deutsche Regierung ihre Versprechungen bezüglich Oberschlesiens lokal erfüllen. Jedenfalls hätten sie eine Untersuchung angeordnet, um festzustellen, ob diese Annahme begründet sei. Eine neue Note sei nach Paris abgefaßt worden. Der Meinungsaustausch erfolge durch die üblichen diplomatischen Kanäle.

Ausbreitung des englischen Einflusses in Oberschlesien.

Die Engländer haben jetzt, wie aus Döbeln gemeldet wird, insgesamt die Kreise Beuthen, Tarnowitz, Lubinitz, Rosenberg und Kreuzburg besetzt. Ihre Masse steht im Kreise Beuthen und zwar mit einer Brigade. Die andere Brigade liegt im Nordende des Absteigungsgebietes an der deutschen Grenze. Das Oberkommando der englischen Besatzungstruppen unter General Penneker wurde von Großstrehly nach Beuthen verlegt. Die Bemühungen der Engländer, auch die Stadt Kattowitz zur Besetzung zuzuteilen, sind bisher an dem Widerstand der Franzosen gescheitert, die aus Kattowitz, das der Hauptknotenpunkt der nach Kongresspolen führenden Bahnen ist, nicht heraus wollen.

Eine neue Inspektionskommission.

Die Interalliierte Kommission, Verord, der englische und italienische Vertreter, haben sich gestern früh zu einer Inspektionsreise in das Wobnitzer Gebiet begeben. Nach dem Bericht eines polnischen Blattes über die erste Inspektionsreise muß man annehmen, daß es sich dabei nur um eine Komödie gehandelt hat. Deutsche waren zum Empfang der Kommission nicht erschienen, weil sie nichts davon erfahren hatten. Die Polen haben verfaßt, die Begebenheit nach besten Kräften in ihrem Interesse auszunutzen.

Auffindung von Opfern der Polen.

In den ober-schlesischen Wäldern sind die Leichen des Amtsvorstehers Wagner aus Gashowitz, des Polizeiwachmeisters Richter aus Rybnitz und des Gerichtsaktuars Herbert Seibel aus Kattowitz aufgefunden worden. Seibel und Richter waren aus einem Zug, der unter verantwortlicher Leitung der Interalliierten Kommission nach Kattowitz fuhr, von den Insurgenten herausgeholt und erschossen worden. Richter, der von den Polen buchstäblich zerstückelt worden ist, war im Walde verhaftet worden. Den Gerichtsaktuar Seibel hatten die polnischen Insurgenten, nachdem er einen Waukschuß erhalten hatte, zu Tode gequält. Wagner war von den Insurgenten totgeschlagen worden.

Polnischer Widerstand gegen die Entente.

Von den in Hohenalza in Stärke von etwa zwei Regimentern untergebrachten polnischen Aufständischen leistete nur ein kleiner Teil dem Befehl der Waffenablieferung Folge. Erst nachdem eine Salve abgegeben worden war, wobei zwei Mann getötet und fünfzehn verwundet wurden, konnten die Deutzerer entwandert werden.

Reichskabinettsitzung über Oberschlesien.

Das Reichskabinett ist gestern mittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die ober-schlesische Frage zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht wurde.

Kleine politische Meldungen.

Das Kabinett Wirth kehrt jetzt in Berlin an. Der Reichskanzler wird versichert, daß von einer Erschütterung des Kabinetts Wirth, nicht die Rede sein könne. Durch solche Nachrichten werde im Ausland nur der Eindruck einer irreparablen Schwäche des Kabinetts Wirth erweckt. Bemerkenswert ist folgende Äußerung des Daily Chronicle: Wirths Abgang würde nicht als Vorteil für die Alliierten angesehen werden. Dr. Wirth habe sein Bestes getan, um die Bestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen, und sollte seine Regierung aufhören, so würde ihm sicher eine Regierung von rechts folgen, die für London und Paris wahrscheinlich weniger annehmbar sei.

Deutsch-amerikanische Friedensverhandlungen. Eine aus Washington kommende Meldung berichtet, daß Washington offiziell mitgeteilt habe, zwischen dem amerikanischen Vertreter in Berlin, Dreier, und dem deutschen

Die Herausforderung des Beamtentums durch den Minister Lipinski.

Es ist nach den bereits bekannten Kostproben seiner politischen Fähigkeiten hat es niemand übersehen, daß der Minister Lipinski seinen Freund Wipinski zum Amtshauptmann von Leipzig ernannt hat. Je länger dieser Mann Minister sein wird, umso mehr werden sich derartige Handlungen häufen. Die Erregung über diese Ernennung in Beamtenkreisen ist begründet und berechtigt. Daß jemand ohne entsprechende verwaltungsmäßige Vorbildung und vor allem ohne langjährige Erfahrung und Schulung erfolgreich das Amt eines Amtshauptmanns ausfüllen könne, glaubt gewiß auch kein Unbefangener. Wie die Misachtung der geeigneten Vorbildung, der praktischen Erprobung auf die Beamten, denen es Ernst ist um ihren Beruf, wirken muß, kann man sich denken. Es ist für sie niederdrückend, es muß jeden Eifer, jeden Trieb zur Weiterbildung geradezu erlöten, wenn das, was mehrfach jetzt geschehen ist, Brauch wird. Es muß nicht nur den Widerspruch, sondern auch den Spott herausfordern, wenn ein Unkundiger zum Vorgesetzten gemacht wird. Bisher ist wenigstens erstrebt, wenn auch nicht überall erreicht worden, daß der Sachkundigste und Fachtüchtigste über die anderen sein sollte, auch die Revolution hat das versprochen. Verbitternd muß es auf die Beamten wirken, wenn ihnen die besten Stellen von Außenstehenden weggeschraubt werden, noch dazu von Deuten, für die sie die Arbeit machen müssen.

Die Sache hat aber eine noch viel weiterreichende politische Wirkung. Ein Amt, das ohne Sachkenntnis übernommen wird, wird zur reinen Pfründe. Das Pfründentum ist Korruption. Wenn nicht Sachfähigkeit für ein Amt entscheidend ist, so müssen es andere Eigenschaften sein. Als Pfründen sind die höchsten Beamtenstellen nicht, was sie sein sollten, die feinsten und tüchtigsten Arbeitsorgane des Staates, sondern lediglich Futtertrümpfen. Noch schlimmer aber wäre die Sache, wenn diese Stellen lediglich parteipolitische Durchposten würden. Das wäre nicht nur entwürdigend für die Stellen, sondern für das ganze Beamtentum und zugleich die Quelle weitgehender und tiefgreifender Entartung. Dagegen müßte sich das Volk aufs schärfste verwahren. Für unser Beamtentum ist die breite Öffentlichkeit Aufpasser und Kritiker genug; besondere Organe gegen die Beamten können für nur verbitternd wirken. Zugleich müssen sie aber ja gerade das Gegenteil von dem, was man vielleicht berechtigterweise beabsichtigt, wirken, das Gegenteil von Hinabdrücken der Beamten an die neue Staatsform. Wenn wir einmal soweit wären, daß die Beamtenschaft auf ihre Verfassungstreue, auf ihr Pflichtgefühl dem ganzen Volk gegenüber unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden müßte, dann wäre die Regierung, dann wäre der neue Staat mit seinem Vatein zu Ende. Um allerungeachtet aber wäre für einen solchen Kontrollposten gerade ein Unabhängiger, dem ja die Verfassung parteipolitisch nichts anderes ist als ein Stück Papier. Es ist selbstverständlich, daß das Verfahren als Mißwirtschaft zunächst von den Beamten empfunden wird und es diesen, soweit sie innerlich Gegner des neuen Systems sind, ganz unangenehm macht, mindestens ungeheuer erschwerend, sich mit ihm auch abzufinden. Wie man es auch betrachtet, das begonnene System muß aufs schärfste besonders von denen bekämpft werden, die es mit der neuen Staatsform ernst meinen. Für alle Wähler aber ist es bedeutsam, daß ein solches System überaus kostspielig ist. Für etwas Schädliches aber auch noch so viel Geld auszugeben, das ist doch wohl zweifelhaft gefordert.

So plant sich der Unmut über die Grenzen der Beamtenschaft hinaus im ganzen Volk fort; es handelt sich eben nicht nur um eine Angelegenheit der Beamten, sondern um einen politischen Vorgang von höchster Bedeutung. Für diesen ist aber nicht nur der Minister